



Grav Verdict bemerkt hierzu, daß diplomatische Erfolge gegen Serbien zwar das Ansehen der Monarchie zeitweilig gehoben, aber die tatsächlich bestehenden Spannungen in unseren Beziehungen zu Serbien sich nur noch verstärkt hätten, sei wohl nur durch ein energisches Eingreifen möglich.

Der Ministerpräsident Graf Stürgkh bemerkt, daß jetzt eine psychologische Situation geschaffen sei, die seiner Ansicht nach unbedingt zu einer

### Kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien Hindränge.

Er stimmt mit dem ungarischen Ministerpräsidenten zwar darin überein, daß wir und nicht die deutsche Regierung beweisen müssen, ob ein Krieg notwendig sei oder nicht, er müsse aber doch bemerken, daß es auf unsere Entscheidung einen sehr großen Einfluß ausüben sollte, wenn an der Stelle, welche wir als treue Stütze unserer Politik im Dreibunde ansehen wollten, uns wie wir gehört, rücksichtslos Bündnistreue zugesagt und überdies nahegelegt werde, sofort zu handeln, nachdem man dort angefragt hätte. Graf Tisza sollte diesem Umstand doch Bedeutung beimessen und in Erwägung ziehen, daß wir durch eine Politik des Hauderns und der Schwäche Gefahr laufen, dieser rücksichtslosen Unterstützung des Deutschen Reiches zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr so sicher zu sein. Auch er teile die Meinung des Vorsitzenden, daß die Situation durch einen diplomatischen Erfolg in keiner Weise gebessert werden könnte. Wenn daher der Weg einer vorübergehenden diplomatischen Aktion aus internationalen Gründen betreten werde, so müßte dies

mit der festen Absicht geschehen, daß diese Aktion nur mit einem Kriege enden dürfe.

Der gemeinsame Finanzminister, der Pole v. Billinski, legt die Überzeugung, daß der Entscheidungskampf früher oder später unvermeidlich sei. Er habe nie daran geglaubt, daß Deutschland im Ernstfall bei uns stehen würde. Schon im November 1912 habe man diesbezüglich von Herrn von Tschirschky die verbindlichen Versicherungen erhalten. . .

Der Kriegminister, Graf Krebitz, ist der Ansicht, daß ein diplomatischer Erfolg seinen Wert habe. Vom militärischen Standpunkt müsse er betonen, daß es günstiger wäre,

### den Krieg loszulegen

als zu einem späteren Zeitpunkt zu führen. Was die Modalitäten des Kriegsbegins betreffe, so müsse er hervorheben, daß die beiden großen Kriege der letzten Jahre, sowohl der russisch-japanische Krieg, als auch der Balkankrieg, ohne vorherige Kriegserklärung begonnen worden seien. Er sei der Ansicht, daß man vorher nur die gegen Serbien vorgezeichnete Mobilisierung durchführen und mit der allgemeinen Mobilisierung zuwarten solle, bis erkennbar sei, ob sich Rußland rüste oder nicht. In militärischer Hinsicht wäre es wünschenswert, wenn die Mobilisierung sofort und möglichst heimlich durchgeführt werde, und ein Ultimatum an Serbien erst nach vollendeter Mobilisierung gerichtet werden könnte. Dies wäre auch wegen der russischen Streitkräfte günstig, da die russischen Grenztruppen wegen der Grenzurlauben gerade jetzt nicht die vollen Befehle haben.

Es entspinnt sich hierauf eine Diskussion über die Ziele einer kriegerischen Aktion gegen Serbien,

wobei der Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten, daß Serbien zwar verkleinert, mit Rücksicht auf Rußland aber nicht ganz vernichtet werden dürfe, angenommen wird. Der k. k. Ministerpräsident betont, daß es sich auch empfehlen dürfte, die Donau als Grenzgegend zu entfernen und einem europäischen Fluß die Krone zu geben, sowie ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis des verkleinerten Königreiches zur Monarchie in militärischer Hinsicht herbeizuführen. Der ungarische Ministerpräsident ist noch immer der Ansicht, daß eine erfolgreiche Balkanpolitik für die Monarchie durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund möglich wäre, und verweist auf die

### furchtbaren Kalamitäten eines europäischen Krieges

unter den derzeitigen Verhältnissen. Es möge nicht übergangen werden, daß allerhand Zukunftsspekulationen denkbar seien, wie Ablenkung Rußlands durch asiatische Komplikationen, Abwehrkrieg des wiedererwachenden Bulgariens gegen Serbien usw., welche unsere Stellung gegenüber dem großserbischen Problem wesentlich günstiger gestalten können, als dies heute der Fall ist.

Grav Verdict bemerkt hierzu, daß man allerdings verschiedene Zukunftsmöglichkeiten ausdenken könne. Er bekräftigt aber, daß für eine solche Entwicklung keine Zeit vorhanden sei. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß von feindlicher Seite ein Entscheidungskampf gegen die Monarchie vorbereitet werde, und daß Rumänien der russischen und französischen Diplomatie Hülfsdienste leisten.

Es wird hierauf in längerer Debatte die Kriegfrage weiter eingehend diskutiert. Am Schluß dieser Erörterung kann konstatiert werden, 1. daß alle Versammlungen eine einstimmig rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien in kriegerischem oder friedlichem Sinne wünschen, 2. daß der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden solle, nachdem letztere Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen sowie ein Ultimatum gestellt worden ist. Dagegen sind alle Anwesenden, mit Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten, der Ansicht, daß ein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer elastischen Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre, und daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussetzen würden, damit eine tabulata Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Grav Tisza bemerkt, daß er befrüchtigt sei, dem Standpunkt aller anderen Anwesenden entgegenzukommen, und daher auch insofern eine Konzession machen würde, als er zugeben möchte, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen nicht darin liegen sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unausweichbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sogar hätten wir eine

### unumgängliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung.

Auch müsse er betonen, daß er für seine Person genötigt wäre, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn sein Standpunkt nicht berücksichtigt werde.

Hierauf wird die Sitzung bis zum Nachmittag unterbrochen. Beim Wiedergesammentritt des Ministerrates ist auch der Chef des Generalstabes (und der Stellvertreter des Warnefommandanten) anwesend. Der Kriegminister erhebt auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Generalstabes nachstehende drei Fragen zu richten: Erstens, ob es möglich wäre, gleich nur gegen Serbien zu mobilisieren

und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit hierzu ergibt, auch gegen Rußland zweitens, ob man zur Einschüchterung Rumäniens größere Truppenmengen in Siebenbürgen zurückhalten könnte, und drittens, wo man den Kampf gegen Rußland aufnehmen würde. Es entspinnt sich auf Grund der Ausführungen eine längere Debatte über die Kräfteverhältnisse und den

### wahrscheinlichen Verlauf des europäischen Krieges.

Am Schluß dieser Debatte wiederholt der ungarische Ministerpräsident seinen Standpunkt hinsichtlich der Kriegfrage und richtet einen neuerlichen Appell an die Anwesenden, so mögen ihre Entscheidung sorgfältig prüfen. Es werden hierauf die Punkte besprochen, welche als Forderungen an Serbien in die Note aufgenommen werden könnten. Es wurde bezüglich dieser Punkte im Ministerrat kein definitiver Beschluß gefaßt. Sie wurden nur aufgestellt, um ein Bild darüber zu erlangen, welche Forderungen aufgestellt werden könnten.

Grav Verdict konstatiert, daß, wenn auch noch immer eine Divergenz zwischen den Ansichten aller Teilnehmer und jener des Grafen Tisza bestehe, man sich nähergekommen sei, nachdem auch die Vorschläge des königlich ungarischen Ministerpräsidenten aller Wahrscheinlichkeit nach zu der von ihm und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen werden. Grav Verdict teilt dem Ministerrat mit, daß er die Absicht habe, am 8. d. M. nach Jassy zu reisen und seiner k. u. l. apostolischen Majestät Vortrag zu erstatten. Grav Tisza bittet den Vorsitzenden, auch einen von ihm zu verfassenden alleruntertänigsten Vortrag über seine Auffassung der Lage zu unterbreiten. Nachdem ein Communiqué für die Presse aufgestellt worden ist, hebt der Vorsitzende die Sitzung auf.

Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, am 16. August 1914.

Franz Josef.

Schriftführer Graf Dobos m. p. Verdict.

Es bedarf wirklich nicht mehr vieler Worte. Die Zuhörer der bedingungslosen Unterstützung durch Wilhelm und Bethmann allein ermöglichte es dem habsburgischen Verbrecherband, den Franz Josef, Verdict, Stürgkh, ihren Präventivkrieg zu führen. Ver-

merkenswert ist, daß man in Wien genau wußte, wie man es auch in Berlin wissen mußte, daß es sich um den europäischen Krieg handle, den man da beriet. Und mit Eröffnung sieht man, wie diese Leute, die mit dem Schicksal der Menschheit ihr Spiel treiben, schon alle Vorbereitungen treffen, um nach Gunst der Dinge alles vorzubereiten, um die Klübe zu beweisen, die Schuld auf die anderen zu schieben und jene ungeheuerliche Lüge vorzubereiten, daß das, was sie bewußt und gewollt Angriffskrieg der Berliner und Wiener Machthaber gewesen ist, ein Ueberfall auf das deutsche und die österreichischen Völker sei.

Man lese aufmerksam und Wort für Wort diese Dokumente und wird mit Schauern gemüht in seinen Gedanken das Schicksal der Völker gelegt war, und bittere Scham steigt auf, wenn man daran denkt, daß die Völker dieser Machthaber über sich geduldet haben. Es war kein monarchisches System, es war die starke Kaiser Gewalt, die die gräßliche Katastrophe über uns, über die ganze Menschheit heraufgeschwemmt hat; es war die Hundedemut des deutschen Volkes, die dieses System, weil es keine materiellen Bedürfnisse leidlich befriedigte, solange ertragen hat, bis der Sturz in den Abgrund unvermeidlich war!

Und als am 4. August das Werk vollendet wurde, da am 5. Juli in Berlin begonnen war, da stürzte sich das deutsche Volk in die Lüge, erklärte seine Solidarität dem Verbrecher, und Jahr um Jahr wurde die Lüge glorios und verbreitet, und ihre eifrigsten Verbreiter sind unsere heutigen Tage waren die, die sich Sozialdemokraten nennen durften und die sich selbst heute noch die Wahrheit sträuben!

Aber die Wahrheit kommt an den Tag, die Wahrheit die wir — und wir allein — von Anfang an verteidigt haben, die Wahrheit, daß die deutschen und österreichischen Machthaber, die Hohenzollern und Habsburger, der imperialistische Militarismus und die österreichische Sanftmütigkeit nationale Unterdrückungspolitik, im engen, unerbittlichen ein diesen Krieg gewollt, ihn bewußt herbeigeführt und damit zu den größten Verbrechern der Menschheit (die nicht a morden sind)

# Eine amtliche Fälschung.

## Die Entlarvung.

Herr Roske hat am Freitag erklärt, daß er von einer gründlichen Nachprüfung des Falles Reinhard abgesehen habe, da die Offiziere auf das gleiche Maß bürgerlicher Sicherheit Anspruch erheben können, wie jeder Beamte und Arbeiter. Welches der wahre Grund für den Schicksal der Monarchisten war, keine Untersuchung gegen den Obersten Reinhard einzuleiten, sondern ohne weiteres Reinhard's Unschuld zu behaupten, ist wohl niemand zweifelhaft. Aber Herr Roske hat nicht nur jede Untersuchung unterlassen, sondern er hat auch positiv die Oeffentlichkeit belogen. Am Mittwoch wurde durch W. L. B. ein Bericht verbreitet, wonach eine Versammlung der Vertrauensleute der Brigade Reinhard einstimmig ein Vertrauensvotum für Oberst Reinhard angenommen habe. Jetzt bringt nun der „Vorwärts“ die Mitteilung, deren Inhalt sich mit uns gemachten Angaben vollkommen deckt, daß das Vertrauensvotum überhaupt nicht existiert.

Weder bei einer Versammlung der Vertrauensleute stattgefunden noch in den Vertrauensleuten der Wortlaut diese oder einer anderen Rundgebung vorgelegt worden, noch haben sie diese ohne eine andere Rundgebung angenommen oder beschlossen. Wahr ist allein, daß am Dienstagmorgen 10 Vertrauensleute der Brigade Reinhard — also nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtheit der Vertrauensleute — zum Reichswehrminister berufen waren und dort erst mit Herrn Major von Oliva, dann mit dem Reichswehrminister selber, in Anwesenheit des Erstgenannten eine Unterredung gehabt haben.

Dies ist die angebliche Vertrauensleutenrunde als Extrakt dieser Unterredung veröffentlicht worden sein sollte, so vermehren sich die an der Unterredung beteiligten gewesenen Vertrauensleute ganz entschieden hiergegen. Dieser Auszug ist ganz einseitig und ohne Kenntnis der Vertrauensleute hergestellt worden, er hat ihnen weder zur Kenntnisnahme noch zur Unterzeichnung vorgelegt, vor allem aber gibt er von dem Inhalt der Unterredung ein so tendenziös gefälschtes und zurechtgemachtes Bild, daß die feindwärtigen unerkennlichen und lebhaft vorgetragene Beschwerden Oberst Reinhard darin so gut wie gar nicht zum Ausdruck kommen.

Nach der Vernehmung der 10 Vertrauensleute im Reichswehrministerium hat sonst keine Beratung der Vertrauensleute stattgefunden, die sich auf den Fall Reinhard bezog.

Selbstverständlich mag es der „Vorwärts“ nicht, diese Fälschermethode, die die wahren Absichten Roskes blühend beleuchtet, auch nur mit einem Wort zu kennzeichnen. Wie könnte er auch, ist er doch genau wie Roske und Schöndemann nicht von dem Bestreben geleitet, die monarchistischen Gefahren zu bekämpfen, sondern nur die Wahrscheinlichkeit der Rechtssozialisten zu verbessern.

## Diktatur Roske?

Kritisch wird folgende entrüstete Rundgebung verbreitet:

Unter der sensationellen Überschrift „Aufsichtung einer Diktatur Roske?“ verbreitet die „Tägliche Rundschau“ in ihrer Abendnummer vom Sonnabend Nachrichten, die andeuten sollen, daß der Reichswehrminister beabsichtigt, eine Militärdiktatur aufzurichten und daß er hierzu rege Vorbereitungen zur Einnahme unterhalte. Eine größere Priviolität als die Verbreitung einer solchen Nachricht ist kaum denkbar. Die „Tägliche Rundschau“ behauptet, daß ihr die Angelegenheit aus Kreisen, die dem republikanischen Führerband nahe stehen, mitgeteilt worden sei. Sie scheint zu vergessen zu haben, daß sie diesen republikanischen Führerband bis in die letzten Tage hinein auf das allerhöchste bekämpft hat. Wenn nun die „Tägliche Rundschau“ selbst schreibt, daß sie an die Wähler der von ihr verbreiteten Nachricht nicht glauben möchte, so läßt sie so viel Verantwortlichkeit haben müssen, ihr Sensationsbedürfnis zu zügeln, zumal doch aber hätte sie wohl zuvor beim Minister anfragen können. Sie hat es vorgezogen, völlig grundlos einen bösen Stand-

in die Welt zu setzen. Es versteht sich von selbst, daß die Nachricht im ganzen Umfange erlogen ist. Der Reichswehrminister hat auch weder mit der Einnahme, noch irgend welchen anderen Verhältnissen jemals Verhandlungen geführt, die den Zweck haben könnten, in Deutschland eine Diktatur aufzurichten.

Der „Tägliche Rundschau“ ist wegen ihres gemeingefährlichen Gebarens eine ernsthafte Verwarnung erteilt worden.

Aber warum denn so furchtbar entrüstet? Wir finden, daß dazu gar kein Anlaß vorliegt, denn die Militärdiktatur braucht Roske wirklich nicht erst aufzurichten, sie besteht schon durch ihn seit Monaten.

## Organisation und Taktik der Gegenrevolution.

Herr Roske, das Haupt der neudeutschen Willkürorganisation, versichert immer wieder vor aller Welt, daß in Deutschland an eine Gegenrevolution nicht zu denken sei. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Gegenrevolution da ist und sich bereits recht lebendigtätig betätigt. Die monarchistischen Kreise fühlen sich unter der Obhut eines Baurer und Roske so sicher, daß sie ganz unbehindert mit ihren Plänen und Absichten aus Torgelassen treten und kundgeben, welches ihre nächsten Ziele sind. Lesen wir in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vom 18. September über die Organisation und Taktik der Gegenrevolution in der Provinz Hannover das Folgende:

„Die in der Provinz Hannover stehenden Reichswehrtrouppen werden beinahe ausschließlich von weislich gestimmten Offizieren geführt; sie rekrutieren sich in der Hauptsache aus dem weislich gestimmten Bauernstand. Die weisliche Bewegung findet also in der Provinz Hannover vorhandener Reichswehrtrouppen nur keinen Widerstand, sondern die weislichstehende Unterdrückung. Dazu kommt — nach jenen zuverlässigen Nachrichten —, daß von 1500 Mann verfügt soll.

Das ganze Land in der Provinz Hannover hat aber alle Waffen zur Verfügung erhalten (wie dies ja in den weislichen preussischen Provinzen in der letzten Zeit geschehen ist) und zwar nicht nur Handfeuerwaffen, sondern auch Maschinengewehre und erhebliche Munition. Wie die hier vorliegenden Berichte ergeben, ist bei der Waffenverteilung das weisliche Element, und zwar sowohl das dauerliche als auch das bürgerliche, antwortend teilnehmend erheblich herangezogen worden.

Charakteristisch für die neue Entwicklung der weislichen Bewegung in Hannover ist die Tatsache, daß die Verbindung der Bewegung über Adhäre Mittelkreise Verbindungen mit maßgebenden hannoverschen Kreisen aufgenommen verstanden.

Es sind angeblich seitens der weislichen Bewegung auch Verbindungen nach Bayern angeknüpft. Weisliche Verbindungen zwischen den führenden weislichen Kreisen und bestimmten Kreisen in Schlesien, Ostpreußen und Pommern.

Der leitende Gedanke der weislichen Bewegung geht ausnehmend davon aus, daß man in weislichen Kreisen für die nächste Zeit mit kommunistischen Unruhen in Hannover rechnen müsse. Die kommunistischen Unruhen sollen sofort und mit größter Energie und aus eigener Kraft niedergeschlagen und dann die Monarchie Hannover ausgerufen werden. Frühergenannte sind die namhaftesten Mitglieder und Verwandte des O. A. v. Cumbel.

Der steigende Gedanke der ostpreussisch-schlesisch-pommerschen Verbindungsleute scheint der zu sein, auf dem Hannover über Hannover verbleibe, über die Einnahme einer hannoverschen Provinz zur Wiedererrichtung der Monarchie gelangen zu können.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ ist ein monarchistisch gerichtetes Blatt. Ihre Redaktionen sind reichlich mit besonderer Bedeutung. Aus ihnen geht hervor, daß die monarchistischen Kreise sich nicht nur einen Thronpräsidenten für Hannover ausgesucht haben, sondern daß sie auch in dauernder Verbindung mit den monarchistischen Verächtern in Bayern, Schlesien, Pommern und Ost-

breußen stehen und sogar schon Anlauf an das Ausland gesucht haben. Der Patriotismus dieser Herrschaften erfährt dadurch eine besondere Beleuchtung. Während sie auf der einen Seite Hohn und Verachtung gegen den „Versailer Schmachfrieden“ predigen, verbinden sie sich auf der anderen Seite mit denjenigen Kreisen, die Deutschland diesen Frieden diktiert haben, und betteln sie um Hilfe bei der Durchführung ihrer schwarzen Pläne an.

Die Organisation der Gegenrevolution hat also bereits eine recht günstige Basis erreicht. Was ihre Taktik anbelangt, so hoffen die Monarchisten, in den „bedrohlichen kommunistischen Putzchen“ das Signal zur allgemeinen Erhebung zu finden. Da aber die Arbeiterklasse gar nicht daran denkt, den monarchistischen Verächtlern diesen Gefallen zu erweisen, so sorgen die Spießbüchsen, welche die Reichsregierung und das Söldnerheer in ihren Dienst gestellt haben, durch verlogene Berichte dafür, daß die Loyalität dauernd beunruhigt wird, um auf diese Weise langsam den Boden für die monarchistische Erhebung vorzubereiten. Bleiben die Putzche aber aus, dann werden sie einfach durch Spießprovokation, um den erlebten Vorwand für die Erhebung gefunden zu haben. Die Säuererei, die sich in den letzten Tagen in Braunschweig zugetragen hat, war das abschließliche Werk provokierender Spieß. Die Arbeiterklasse aber hat den Kampf nicht aufgenommen, und wir wünschen, daß es auch in Zukunft so bleibt. Die Arbeiterklasse wird sich nun und nimmer ihre Taktik von der Gegenrevolution vor schreiben lassen. Diese muß vielmehr selber mit offenem Bistier hervortreten. Die Arbeiterklasse hat dann genügend Nachtmittel in der Hand, die geplanten Schläge abzuwehren.

### Lochspiegel an der Arbeit!

So oft die monarchistischen Offiziere ihre gegenrevolutionären Absichten durchzuführen versuchen, tauchen in der Presse Nachrichten über bevorstehende Putzche der Spießbüchsen auf. Auch gegenwärtig werden zur Ablenkung von den Absichten der Offiziere, insbesondere zur Ablenkung von dem Fall Reinhard, allerlei Meldungen über kommunistische Umsturzpläne verbreitet. Die meisten dieser Nachrichten gehen in letzter Zeit von München aus und dienen dem Zweck, anscheinend erneut beabsichtigte Gewalttaten der Weissen Garde von vornherein zu reaktivieren. Zwar hat selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kürzlich verächtlich gesehn, gegen dieses unverantwortliche Treiben einer kleinen Schicht von militärischen Verbrechern Einspruch zu erheben. Aber das Blatt hat dabei ganz außer Acht gelassen, daß Unruhen das Lebenselement der Militärischen sind, die sonst keine Daseinsberechtigung mehr hätten.

Die Meldungen selbst sind zu dumm, als daß es sich lohnen würde, über ihren Inhalt auch nur einige Worte zu verlieren. Es sei aber bei dieser Gelegenheit wiederum mit allem Nachdruck betont, daß Lochspiegel in großer Zahl überall am Werke sind. Wir haben deshalb erneut Veranlassung, vor ihnen zu warnen.

### Die Pressefreiheit im neuen Deutschland.

Roske und Eugen Ernst lassen Karl Liebknecht konfiszieren.

Ein neuer unerhörter Fall der Vergewaltigung der Pressefreiheit ereignete sich gestern nachmittag.

Es erschienen in der Druckerei von Maurer u. Dimmig, Köpenicker Straße, in der im Auftrage der Witwe Karl Liebknechts eine neue Auflage seiner bekannten Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ im Verlage von M. Hoffmann gedruckt wird, Beauftragte des Polizeipräsidenten, um auf Anordnung des Staatsanwalts vom Berliner Polizeipräsidenten die Beschlagnahme dieser Schrift vorzunehmen.

Es wurden hierbei beschlagnahmt: 4000 Bogen sowie 10 000 Bildnisse zu dieser Broschüre. Die Beschlagnahme erfolgte im Auftrage der Abteilung Ia des Polizeipräsidenten, Berlin, Zimmer 154.

Zur Illustration dieses neuen Willküraktes der Polizei sei darauf hingewiesen, daß die jetzt beschlagnahmte Broschüre seinerzeit Anlaß gab zur Einleitung eines Verfahrens gegen Karl Liebknecht und zu seiner Verurteilung zu 1½ Jahren Festungshaft.

Was damals unter dem wilhelminischen Halbabsolutismus möglich war, erscheint auch nicht unmöglich unter dem Absolutismus Roskes. Auch jetzt gilt die alte Broschüre Liebknechts als Hochverrat, und wenn der Verfasser nicht schon durch die Schergen der Konterrevolution ermordet worden wäre, so würde wohl sicherlich ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet werden.

Es ist überflüssig zu sagen, daß diese Staatsaktion völlig ungeheuerlich ist.

Wir sind begierig zu erfahren, wie die Regierung diesen neuesten Willkürakt begründen wird.

### Schutz den Arbeitswilligen.

Wie eine Lokalkorrespondenz berichtet, fand gestern in der Weidendorfer Kaserne in Charlottenburg eine Besichtigung der neuen Sicherheitspolizei statt. Neben anderen Würdenträgern war auch der Minister des Innern erschienen. Nachdem die neuen Sicherheitsbeamten Proben ihres Talentes abgelegt hatten, hielt Herr Heine eine Ansprache, in der er die hohen Anforderungen hervorhob, die der Dienst an die Truppe stellt. Vor allem sei ruhiges, zielbewusstes Auftreten der Beamten nach außen hin erforderlich. Die Sicherheitsbeamten müssen dem Publikum Schutz und Hilfe angebotenermaßen, das Eigentum schützen und den Arbeitswilligen Schutz bewähren.

Herr Heine ist ein trefflicher Polizeiminister im kapitalistischen Klassenstaat. Schutz des Eigentums und der Arbeitswilligen ist das Leitmotiv all seines Handelns. Erst jüngst beschloß er, daß wegen eines Streiks gemahregelte Arbeiter zu den sogenannten „Arbeitslosen“ zu zählen sind, die keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Nun fügt er zur Hungerspeise den Schießprügel. Wenn demnach Hungerstreik die blauen Bohnen „zielbewusster“ Sicherheitsbeamten zu kosten bekommen sollten, dann mögen sie sich des „Sozialdemokraten“ Heine dankbar erinnern.

### Der erste Anfang?

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Der Führer des in Remmel liegenden Bataillons, Hauptmann Schmidt, der kürzlich in Ueberschreitung seiner Dienstbefugnis die Redaktion des dortigen sozialdemokratischen Blattes militärisch besetzen und den Redakteur verhaften ließ, ist von seinem Posten entbunden worden — ein erneuter Beweis dafür, daß Uebergriffe von Offizieren von der zuständigen militärischen Stelle unmissverständlich geahndet werden. Die militärische Besetzung ist vom Generalkommando sofort rückgängig gemacht und der Redakteur freigelassen worden.

Obwohl seit dem Bestehen des neuen Militarismus noch kein einziger Fall bekannt geworden ist, daß ein Offizier wegen irgendeiner Rüpelei den blauen Brief bekommen hat, will die „zuständige Stelle“ aus der Entlassung des Hauptmann Schmidt einen „erneuten Beweis“ für das rücksichtslose Auftreten des Reichswehrministers gegen widerständische Offiziere machen. In Wirklichkeit ist diese Entlassung die erste ihrer Art und wir befürchten, daß sie es unter Noske auch bleiben wird.

### Der Kampf in der Metallindustrie.

Die Fünfjahres-Kommission sendet uns folgende Darstellung: Der Streik gewinnt an Ausdehnung! Täglich beantragen neue Firmen, in den Lohnkampf einzutreten zu dürfen. Diesen Anträgen ist bisher noch nicht stattgegeben. Die Zahl der bestreikten Betriebe beträgt zurzeit 14.

Einige der bestreikten Firmen antworten mit Aussperrungen! Gegenmaßnahmen werden erfolgen. Wir empfehlen unseren Kollegen, gegen Entlassungen, dem Angebot auszugehen und verküßt zu arbeiten, zu protestieren.

Die mittlere Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat ohne Unterschied der Parteirichtung einstimmig beschlossen, den rein wirtschaftlichen Lohnkampf unserer Kollegen mit aller Energie zu unterstützen.

Die Arbeitgeber der Geldschrankindustrie haben nach einseitigem Streik der Arbeiter deren Forderungen voll bewilligt. Die streikenden Arbeiter der Geldschrankbetriebe werden darum jedenfalls am Montag beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die „Mitteilungen“ des Verbandes der Berliner Metallindustriellen machen erneut den Versuch, der Welt einzureden, daß sie um keinen Preis den Versuch machen würden, die Löhne in den Metallbetrieben herabzusetzen, wozu der Schiedsspruch vom 21. August ihnen die Handhabe bieten würde. Darin liegt der Grund für die Verschärfung der Bewegung, und die Unternehmer wollen ihn aus der Welt schaffen durch Versprechungen. Was von solchen Versprechungen zu halten ist, hat Genosse Rusch schon in seinem Brief an den Reichsarbeitsminister gesagt, den wir vor einigen Tagen abdruckten. Die Metallarbeiter haben recht, wenn sie angesichts des allgemein fühlbaren Trängens der Unternehmer zum Abbau der Löhne stärkere Garantien für die Erhaltung der Lohnhöhe fordern als Verträge und Versprechungen. Im übrigen geben die „Mitteilungen“ in ihren langen, etwas verlegen klingenden Darstellungen verschämt zu, daß Neuerung, die mit dem ermäßigten Lohnfuß eintreten, die höheren Sätze der bereits im Betriebe beschäftigten Arbeiter erhalten, — falls sie die gleiche Leistungsfähigkeit haben. Jedermann weiß, daß es eine Kleinigkeit ist, dem einen und dem anderen Arbeiter mindere Leistungsfähigkeit nachzuweisen und so die Löhne allmählich zu reduzieren.

### Achtung, Metallarbeiter!

Für die Obleute der Streikstellungen finden vom Montag, den 22. September 1919 ab täglich von 10 bis 10 Uhr vormittags gemeinsame Sitzungen im Verbandsbureau, Lindenstraße 88-85, Sitzungssaal, statt. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

### Neue Gewalttat in Remscheid.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Remscheid, 20. September

Heute nacht 3 Uhr drangen Regierungstruppen in Remscheid ein. Sie umstellten das Volkshaus und verhafteten den Stadtverordneten Schardt zu verhaften. Der Hausbesitzer ist von der lebenden Reichswehrbrigade ausgeleert. Die Bevölkerung ist empört. Der Reichskommissar Ewerling ist am Anlauf ersucht worden.

### Erzellenz Winnig.

Künftig wird mitgeteilt:

Der mehrheitssozialistische Führer August Winnig, der bisher mit der kommissarischen Verwaltung des Oberpräsidenten Ostpreußen beauftragt war, ist in den zum Oberpräsidenten unter Verleihung des Titels Erzellenz ernannt worden. Winnig ist besonders in letzter Zeit mehrfach durch seine Bemühungen hervorgetreten, außerhalb aller parteipolitischen Dogmen die Parteien Ostpreußens zu einer aktiven rein deutschen Politik zusammenzuführen.

Obwohl es klar ist, Unterschiede in der Einschätzung der Taten der rechtssozialistischen Führer zu machen, müssen wir doch zugeben, daß Winnig durch seine verbrecherische Ostpolitik sich den Dank der alten Reichshäupter und die „Auszeichnung“ Erzellenz redlich verdient hat. Auch bei dieser Gelegenheit möchten wir uns die Frage stellen, ob die organisierten Vandalen sich einer ungehörigen Maßregelung schuldig machen, wenn sie solchem Führer das Vertrauen entziehen?

### Deutschlands Unglück.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Aronspringerin Cäcilie erlebt heute ihren ersten Geburtstag nach der Revolution. Der edlen, hilfsbereiten Frau, der liebevollen Gattin und Mutter, die in ihrem Unglück harzt ist und stolz schweigt, wenn ihr und ihrem Hause Unrecht geschieht, denken heute alle, denen Parteileidenschaften nicht den Blick für feilschen Adel und reine menschliche Güte geblüht haben. Der Tagesbeugegen wünschen wir, die noch nicht vergessenen haben, was die Hohenzollern und ihr Werk für Deutschland bedeuten, die diese Hoffnung

auf einen Ueberausstieg Deutschlands und auch der Hohenzollern.“

Man lese den Beirartikel dieser Nummer und man hat die Antwort auf die Frage, was die Hohenzollern für Deutschland bedeuten.

### 50 000 Kriegsgefangene zurück.

Köln, 20. September.

Mit dem Eintreffen des 25., 26. und 27. Kriegsgefangenenzuges mit unverwundeten deutschen Kriegsgefangenen ist das erste 50 000 voll geworden.

### Die baltischen Friedensverhandlungen.

Helsingfors, 19. September.

Die estnische Friedensdelegation ist in Pleskau eingetroffen. Die erste Konferenz fand am 19. September statt. — Die Revaler Konferenz beschloß, daß die Verhandlungen nur gemeinsam mit den Bolschewisten verhandelt werden. Die Plesauer Kommission erhielt die Weisung, dies bei den Bolschewisten durchzusetzen.

### Die freie Reichskonferenz für sozialistisches Bildungsweien.

Am Sonabend nachmittag kam der Gegenatz, der seit Beginn der Tagung in der Versammlung schlummert, endlich offen zum Ausdruck. Die einen wollen die gesamte Jugend zu einer eigenen Klasse zusammenfassen, die einen gemeinsamen Klassenkampf gegen die Gewerkschaften führen soll, während die anderen, und zwar die Mehrzahl, die Jugendbewegung nur im engsten Zusammenhang mit dem Klassenkampf des Proletariats betrachten. Es muß offen gesagt werden, die letzteren sind keine Sozialisten, denn der Sozialismus ist ihnen ja an und für sich gleichgültig. Wie aus dem Rezerat von Hoffmann-Tugend zu entnehmen war, haben sich Jugendliche aus den Reihen des Bürgerturns losgelöst und in der „Entschiedenene Jugend“ zusammengefunden. Sie mögen wohl die Hoheit der bürgerlichen Gesellschaft erkannt haben, aber mit der proletarischen Jugend wollen sie sich nicht verbinden. Ein Diskussionsredner sah darin ganz richtig Zeichen der beginnenden Verjection der bürgerlichen Jugend. Die ideologische und erotische Auffassung war überhaupt unter den Anwesenden stark verbreitet und es rei eine ziemliche Entrüstung hervor, als Rodominskij mit klaren Worten dem Jernwahn einer Jugendklasse ein Ende machte und sich rücksichtslos auf den Boden des marxistischen Klassenkampfes stellte. Die Diktatur des Proletariats schien vielen noch ein Grauel zu sein.

Lebhaft besprochen wurde auch die Stellung derjenigen bürgerlichen, die sich aus Ueberzeugung heraus dem Proletariat anschließen. Eufügig sei jetzt die Klucht von bürgerlichen Jugendlichen aus dem Elternhaus, veranlaßt durch den konventionellen Zwang der bestehenden Gesellschaft. Aber eine völlige Verleugnung war die Behauptung, die bürgerliche Jugend sei ebenso bedrückt wie die proletarische, ja sogar der Vorteil der Bildung wurde geleugnet. Es kamen mitunter sehr sonderbare Meinungen hervor. Dr. Franz aus Wien, der ursprünglich auch vom Launen der bürgerlichen Entrüstung über die konkreten Ausführungen Rodominskis erfaßt worden war, fand sich zum Schluß wieder auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zurück. Aber es muß festgestellt werden, eine große Zahl der Anwesenden und insbesondere der „entschiedenen Jugend“ hat noch keine richtige Vorstellung davon, was es heißt, Proletariat zu sein. Es ist bedauerlich, daß sich viele rein zufällig über die ökonomischen Verhältnisse hinwegsehen. Dem Erfolg solcher Bewegungen und vielleicht auch der ganzen Tagung muß man daher etwas skeptisch gegenüberstehen.

Verächtlich: In dem gefirgten Bericht muß es heißen statt „Drei Punkt“ — „Die Punkte“ und „naturnotwendige Antinomie“ statt „Autonomie“.

### Eröffnungsvorstellung der „Tribüne“.

„Der Retter“. — „Die Entscheidung“.

Ein neues Theater in Berlin, Draußen am Charlottenburger Anle, und revolutionär sollte es sein bis auf die Knochen. Die programmatischen Versprechungen dieser von Franz Wenzler geleiteten Bühne waren groß. Mit der „Revolutionierung“ des Bühnenraumes sollte es anfangen. Man renovierte einen gegebenen Saalbau in lichten Farben und spielte erst Hofensieder „Retter“ ohne Dekorationen auf einem Podium, das zur Kugel, zur Tribüne werden sollte, dann als Abschluß gleichfalls von dem jungen Hofensieder eine politische Burleske „Die Entscheidung“, die wohl so etwas wie ein Satirspiel der Revolution in expressionistischem Rahmen sein sollte. Das Publikum schien bei den für die erste Aufführung hart gepfefferten Subscriptionspreisen mehr zu einem gesellschaftlichen als zu einem künstlerischen Ereignis gekommen zu sein. Man war in diesen Kreisen des unwandelbaren Tiptop ganz und gar nicht auf neue Wirkungen eingestellt; man lachte über sie, die nur spärlich versucht waren, gerade so, wie über die Entgeifungen, an denen es auch nicht fehlte. Wir wollten hier aber nicht in den alten Brauch verfallen, über ein erst wollendes künstlerisches Unternehmen (das sich nicht in letzter Reihe an die Arbeiter wenden sollte) sowie über eine allerdings mehr rhetorische als dramatische Dichtung und eine das Hauptthema markant heraushebende Darstellung in einer halben Witterungsstunde kurz vor Redaktionschluss mit einem flüchtigen Wort abzutun. Darum Montag mehr.

E. B.

Dienstag erscheint:

### FREIE JUGEND

JUGENDLICHE UND ERWACHSENE IN DER PROLETARISCHEN JUGENDBEWEGUNG

Von Gg. Engelbert Graf

PREIS 60 PFENNIG

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e.G. m. b. H. Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 o. Abt. Buchhandel



# Groß-Berlin.

## Um die Sittenpolizei.

Verammlung in der Germania in der Chausseestraße. Der große Saal war gefüllt. Das Publikum anders als sonst. Sittenpolizei eine „Lage zur Förderung sittenpolizeilicher Vorarbeiten“. Das Polizeipräsidium hatte die Genehmigung erteilt. Eine große Zahl von Prostituierten befand sich unter den Versammlungsbesuchern. Ein bunter Haufen: neben sehr bescheidenen, auch junge, im Beruf aber raffiniert eingearbeitete Dirnen, auch neugierige und lusterne Spieler. Auch anderes Publikum war da, dem die Sache sehr ernst war.

Der Referent schilderte die Prostitution, die offene und die geheime; die großen Gefahren der Geschlechtskrankheiten und die Rolle und die Ausbeutung der Prostituierten. Die geheime Prostitution geschehe, um sich der Kontrolle zu entziehen und geschlechtsfähig zu bleiben. Die Kontrollvorschriften müßten so streng sein, daß beide Kategorien erfasst werden könnten. Eine gewisse Sittenpolizei, hätten die Männer nicht die bequeme Gelegenheit der Prostitution, so wären die Chancen häufiger. Eine Behörde bestritt, daß der Geschlechtsverkehr eine Notwendigkeit sei. Bemerkenswert war die von einer Seite aufgestellte Behauptung, daß Prostituierten im häuslichen Cirkel sich von geschlechtskranken Prostituierten bestechen ließen, um frühzeitiger als notwendig die Infektion verlassen zu können. Das führe aber dazu, daß die Mädchen selber leichter wieder geschlechtskrank würden. Daß sie aber auch — noch nicht vollständig geheilt — Träger von Geschlechtskrankheiten würden. Die Verbreitung dieser Seuche ist ganz ungeheuerlich. In der Diskussion, die vom Vorsitzenden sehr parteiisch geführt wurde, wollte man einen Redner, der ausführt, daß die Frage der Prostitution man durch die Lösung der sozialen Frage lösen könne, um Nebenverdienst, da die Politik nicht herbeigeführt. Ein anderer Redner, der den Mädchen zusetzte: „Ihr geht an die Arbeit des Klassenbewußten Sozialisten. Denn Ihr seid die schlimmsten Opfer der Ausbeutung des Kapitalismus“, wurde man kurzweilig niedergeschrien. — Lumpenproletariat!

Der wahre Charakter dieser Lage geht daraus hervor, daß die Polizei von 2 und 1 Mark erhoben wurden, und daß den Mädchen das Geld aus der Tasche gezogen wird. Denn die Reform der Sittenpolizei ist Nebenfache. Der objektive Beobachter dieser Veranstaltung konnte sich des Eindruckes nicht entziehen, daß die Lage eine sehr zweifelhafte Begründung ist, die an den Straßensoldaten verdienen will.

## Der Neuföllner Lebensmittelbezug.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich die Staatsanwaltschaft, Presse und die Körperschaften mit den angelegten Lebensmittelbeschwerden in Neufölln.

Bestimmungen geben hin und her, so daß selbst derjenige, der glaubt, auch ein wenig Einsicht zu haben, irre werden kann. Als angelegt wurde, eine Kommission bestehend aus Magistrat, Stadtratsmitgliedern und Arbeiterrat zu bilden, wurde dies letzterem abgelehnt, er wollte nur den Stadtrat hier zu lassen.

Der böse Zufall, der oftmals eine große Rolle spielt, hat wieder es, daß kürzlich der Villa des Stadtrats Rier in Dessenstraße 16, ein polizeilicher Besuch abgehalten wurde, der eine Fülle von Lebensmitteln an den Tag förderte.

Am 1. September hielt ein Auto der Stadt Neufölln vor der Villa des Stadtrats, aus dem Lebensmittel in massen heraus wurden. Auf die Anzeige eines Augenzugehen hin kam die Polizei sofort dem Hause einen Besuch ab. Sie stellte folgende Lebensmittel fest: 50 Pfund Roggen mit Weizen, 20 Pfund Hafer, 25 Pfund Gerste, 50 Pfund Schrotmehl, 100 Pfund Kartoffelmehl, 100 Pfund Zucker, 50 Pfund gutes Mehl, 3 Zentner weiteres Mehl, 2 Zentner Hafer, 3 Sad Karbonat, 40 Pfund Kartoffelstärke, 25 Pfund Parmelade, 20 Liter Benzol und 20 Liter Schmirgel.

Damit ließe es sich wohl eine Zeitlang auskommen. Auffällig ist es, daß diese Waren mit einem Auto der Stadt Neufölln geliefert wurden. Hat die Stadt Neufölln in der Villa des Stadtrats Rier in Dessenwinkel eine Zweigstelle ihres Lebensmittelgeschäftes?

Der Herr Stadtrat Rier hätte bei dieser eigenartigen Sachlage sofort für die nötigen Erklärungen im Lebensmittelgeschäft und in der Lebensmittel-Erzeugung Sorge tragen müssen. Nichts davon, nur die „Berichtigung“ der Angaben des Arbeiterrats wurde herbeigeführt, aber keine „Berichtigung“ der eigenen Angelegenheiten.

Es darf nun wohl mit Bug und Recht erwartet werden, daß Herr Rier von seinem Urlaub nicht mehr auf den Posten als Stadtrat und Lebensmittel-Bezuger zurückkehrt.

## Vor einer Gasatastrophe?

Nach den alarmierenden Meldungen einer Gasatmosphäre, die gern in Sensation macht, steht Berlin in Folge der geringen Kohlenzufuhr vor einer Gasatmosphäre. In Kürze werde Berlin ohne Licht sein. Die Vorräte an Kohle in den städtischen Gaswerken reichen kaum für drei Tage und die der städtischen Gasgesellschaft für nur zwei Tage. Oberbürgermeister Werneum hat dringende Telegramme an den Minister des Innern und den Reichskohlenkommissar geschickt und um sofortige Anweisung von Kohlen gebeten.

Wer halten diese Meldungen für übertrieben. Trotzdem muß unverzüglich alles versucht werden, um die zur Zeit völlig ungenügende Belieferung Berlins mit Kohle zu sichern. Ein energisches Vorgehen der Stadtverwaltung ist also hier durchaus am Platze. Schon seit längerer Zeit erhält Berlin, wie von der Direktion der städtischen Gasgesellschaft mitgeteilt wird, kaum die Hälfte des Verbrauches an Kohlen. Die Direktion sowie der Oberbürgermeister Werneum haben, wie erwähnt, an alle Stellen, die für die Kohlenversorgung in Betracht kommen, dringende Telegramme an den Reichskohlenkommissar haben diesen zu der Erklärung veranlaßt, zu versuchen, rechtzeitig so viel Kohlen an Berlin heran zu schaffen, daß ein ununterbrochener Betrieb der Gaswerke gesichert ist. Wie weiter verläuft, hofft man der Sache einer Überlegung der Gaswerke darüber vorläufig noch Herr zu werden, ob überplanmäßige Transporte in Schlesien nach Berlin geleistet werden können.

Man muß den ganzen Winter hindurch mit einer dauernden Kohlen- und Gasnot gerechnet werden und die verantwortlichen Stellen haben die Pflicht, für eine ausreichende Belieferung Berlins mit Brennmaterial ihre ganze Kraft einzusetzen. Besonders notwendig erscheint uns aber auch eine energische Bekämpfung der Lichtverschwendung.

Auf diesen großstädtischen Hebelhand haben wir bereits bei Besprechung der vertriehen Maßnahmen der Kohlenräumung zur Einberührung der Kohlennot hingewiesen. Dieser Kampf muß freilich mit Ueberlegung geführt werden, um Schäden für die Allgemeinheit zu vermeiden. Weniger die Verbrauchshaltungen als es hier durch Verhinderung der Gaszufuhr zu treffen, als vielmehr die ungeheuren Schwämme der Vergnügungsklätze. Ein Leser unserer Blätter weiß auf die unerschöpflichste Veranschaulichung der Sommerlokale in Treptow an der Spree hin. An einem Heberlauf sind diese Gärten mit zahlreicher elektrisch beleuchteter Vorgängen versehen. Und in der Tat der neuerhandenen Spielplätze des Sportplatzes in der Potsdamer Straße finden bis früh um fünf Uhr Tanzvergnügungen bei festerster Beleuchtung statt. Das sollte nur zwei Beispiele sein, um zu zeigen, wie notwendig eine schärfere Kontrolle der Vergnügungsklätze im Interesse der Kohlenersparnis ist. Dem arbeitenden Berliner ist gewiß am Heiterabend eine gewisse Erholung und freizeitlebige Erfrischung durch unterhaltenen und künstlerische Darbietungen zu gönnen. Aber dem Treiben der bummelnden Bourgeoisie, die in der Zeit der Kohlennot die Nacht zum Tage macht, muß endlich geendet werden.

## Tribünen Sperre in Charlottenburg?

Seitdem unsere Genossen in die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung eingezogen sind und dort den bürgerlichen Parteien und den Reichstagsmitgliedern dauernd die Nase vom Gesicht reihen, werden sie dauernd von der bürgerlichen Presse, vor allem der „Charlottenburger Neuen Zeit“, bekämpft. De von diesem Blatt betriebene Verleumdung ist ein Muster von Verdrehung und Unwahrheit. Da das Blatt die Medien und die Arbeit unserer Genossen nicht tollschweigen kann, da sie dauernd im Mittelpunkt aller Erörterungen steht, so versucht es dauernd, sie durch Verleumdungen herabzumühen.

Die Einführung von Tribünenlatten für den Besuch der Stadtverordnetenversammlungen in Berlin gibt dem Blatt Veranlassung, den Wunsch auszudrücken, daß eine Tribünen-Sperre auch für die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung sehr nützlich wäre. Weiter sagt das Blatt:

„Geben doch auch bei uns gewisse Kreise der Tribünenbesucher bei gewissen Neben von Stadtverordneten linksradikaler Richtung oft gezeigt, daß sie sich „wie unter sich“ fühlen. Vielleicht lernt das Tribünenpublikum nach Einführung einer gewissen Sperre dazu, wie es sich in einer Stadtverordnetenversammlung zu benehmen hat, da es solchen Besuchern ja gemeint an dem nötigen Gefühl für Zeit und Anstand mangelt. Vielleicht werden dann auch die Neben gewisser linksradikaler Stadtverordneten fürger und sachlicher, wenn ihnen das Echo ihrer Clique auf den Tribünen fehlt.“

Die Behauptung, daß gewisse Kreise der Tribünenbesucher der Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg bei Neben linksradikaler Abgeordneter oft gezeigt haben, daß sie sich „wie unter sich“ fühlen und Zeit und Anstand vernachlässigen, ist von Anfang bis zu Ende erlogen. Wäher ist es zu Störungen der Stadtverordnetenversammlung überhaupt noch in keinem Falle gekommen. Aber wie diese Verleumdung und auch der Schlußatz der Katze zeigt, ist anscheinend vielen Stadtwählern die Offenheit der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung überhaupt unangenehm. Ihre Haltung hat das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen und so ist es denn kein Wunder, daß jetzt, nachdem ihnen in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wegen ihrer Haltung zur Wohnungsnote die Meinung gründlich gesagt worden ist, dieser Wunsch nach Verhinderung des Zutritts zu den Verhandlungen hervorragt.

## Von einem Sicherheitsoldaten erschossen.

In der vergangenen Nacht wurde auf der Unfallstation am Zoologischen Garten ein junger Mann erschossen, der am Wittenbergplatz in der Nähe des Kaufhaus des Wehens von einem Sicherheitsoldaten erschossen worden war. Der Arzt der Rettungshilfe konnte nur den auf dem Transport zur Unfallstation erfolgten Tod feststellen. Es handelt sich bei dem Toten um den Vizefeldwebel Theodor Wache, der in der Ortrudstraße 8 in Friedenau wohnte.

Weder den Vorfall selbst werden verschiedene Auffassungen verbreitet. Nach der „V. J. A. N.“ soll es zu einem Streit zwischen zwei Herren und einem dritten gekommen sein, der schließlich auf das kaufmännische Gebiet übergriff. Der einzelne Herr suchte Schutz bei einer Patrouille der Sicherheitswehr, die eintrifft. Dabei scheint es zu einem Zusammenstoß gekommen zu sein, denn einer der Soldaten schoß und traf einen der Herren. Der Wache als der Landwehr-Vizefeldwebel Bolter Theodor Wache aus Friedenau festgesetzt wurde. Wache wurde von den Insassen einer zufällig vorbeifahrenden Droschke aufgenommen; er konnte noch in den Wagen ohne Hilfe einsteigen und erzählte, er sei angefallen worden. Bei der Ankunft an der Unfallstation war er ober tot. Der Arzt stellte als Todesursache innere Verblutung infolge eines Bauchschusses fest. Bei dem Toten wurden außer einem Wundstichwunde weder eine Uhr, noch eine Brieftasche, noch Geld vorgefunden.

Die Insassen der Droschke waren Schweizer, die nach ihrem Hotel fahren wollten und auf seine Bitten hin den Verletzten aufgenommen hatten.

Nach einer anderen Version ist es zwischen einer Gesellschaft angeheirater Herren und einer Streife der Sicherheitswehr zu einem Zusammenstoß gekommen, der in Tötlichkeiten ausartete und schließlich mit dem Schuß des Soldaten endete.

## Im Hand niederschossen.

Am frühen Morgen des 19. d. M. klappte ein verfolgender Einbrecher in das Haus Widinger Str. 8. Die Ehefrau des Theobald Lühle, die gerade an der Wohnungstür zu tun hatte, wurde von ihm umgestoßen, worauf er in die Wohnung flüchtete und sich in der Speisekammer verbarg. — Auf das Geschrei der Frau eilten die beiden Söhne, nur mit dem Hand bekleidet herbei, um zu sehen, um was es sich handelte. Zugewandten waren auch die beiden verlassenden Kriminalbeamten herangekommen. Wache, wie es jetzt bei der Polizei Mode zu werden scheint, mit vorgezogenem Revolver. Obgleich die Frau (Name: „Kath. Liechten“) das Kind weinte. — Er hielt in der Kammer (nach der Kriminalwachmeister Weneur den einen der Söhne, den 26 Jahre alten Albert Lühle durch die Brust, so daß er schwerverletzt in das Wundärztliche Krankenhaus eingeliefert wurde. Soweit der Wache Tatbestand. — Man lese hier nun folgende Fragen vor: Warum wurde geschossen? wo mußte geschossen werden? Warum lag doch absolut nicht vor. Ein Minutverlust des Verbrechers war ja gut wie ausgeblieben. Die Wohnung liegt so hoch, daß ihm ein Sprung aus dem Fenster ein paar Anstöße hätte zusetzen sollte. Er ließ sich auch ruhiger stellen und abwarten. — Konnte vielleicht eine Verwechslung vorliegen? Auch das ist ausgeschlossen; denn der Vorgang spielte sich vollständig in einer Kammer ab, und es ist ausgeschlossen, daß der Verletzte sich in dieser Zeit bis auf das Hand entziehen konnte, falls sich der Beamte in der Meinung betranken haben sollte, die Wohnung sei die des Verbrechers. Ein Grund zum Entsetzen lag überhaupt nicht vor. Ein solcher ist nur in der verurteilten Schwere der Tat unserer Polizeibeamten zu finden. Mit dieser Schwere der Tat im Hinterkopf steht allerdings die Tatsache, daß es dem Kriminalbeamten möglich war, sein ganzes Einbrechervergehen in der Speisekammer zu verbergen, ohne daß nachher danach gesucht wurde. Der Schuß rückwärts ist somit, daß er erlaubt habe, es befanden sich mehrere Komplexen in der Wohnung. Dabei

haben sie den einen verfolgt und auch nach dessen Verhaftung garnicht nach mehreren gesucht. Der Schütze behauptet ferner, daß sie den Auftrag hätten, auch zu schießen ohne daß sie angegriffen werden. Man schlägt sich vor die Stirn und fragt, wie so etwas möglich ist. — Versteht das auf Wahrheit, so muß gegen solche Erklärungen energisch protestiert werden. Unter dringenden Umständen sind die Polizeibeamten kein Schutze, sondern eine Gefahr für die Einwohnerschaft. Gegen den vorerwähnten Schützen in diesem Falle muß mit aller Strenge vorgegangen werden. Was sagt überdies der Herr Polizeipräsident dazu?

## Roske in Weissensee.

Freitag abend wurden die von der A. P. D. sowie die von der Freien Jugend u. E. V. abgehaltenen Versammlungen, trotzdem die letzte gemeldet war, aber nach acht Tagen noch keine direkte Genehmigung erhielt, von der bis an die Zähne bewaffneten Roske-Garde gestrengt. Es ist festgestellt worden, daß in der Versammlung der A. P. D. zwei Spitzel anwesend waren, die dem in der Nähe des Weissenseeer Wohnortes lebenden früheren Militäraufgebot über die Versammlung genaue Informationen gaben. Um dem Militär nicht die Gelegenheit zum Vortreten zu geben, wurde der Saal geräumt. In der Aula, wo sich die Freie Jugend versammelt hatte, erschienen eine Stunde später ebenfalls ein Leutnant und zehn Mann, welche aufforderten, die Aula zu räumen. Die Versammelten leisteten dem Folge, da sie den Leuten keine Gelegenheit geben wollten, worauf sie ihr Verhelfen begünstigen könnten. Also sind die Pläne, die auf ein Blutbad hinausgingen sollten, an der Spitze der Weissenseeer Arbeiterkassette gescheitert.

Landwehr. Ein Herbst-Sportfest veranstalteten die Arbeiterturnvereine der südwestlichen Vororte am heutigen Sonntag auf dem hiesigen Gemeindefestplatz. Die zahlreichen Wettkämpfe vertriehen lebhafteste Begeisterung. Beginn nachm. 2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Verlämpfe vorm. 8 Uhr.

Leitung. Kaufhäuser Erwerbshilfe! Die Zahlstelle II (bisher im neuen Rathaus) wird in die Räume der Bahnhofsstr. 11a, Bahnhofsstr. 86 Ecke Berliner Straße 47/48 Eingang Bahnhofsstr. verlegt. Der Geschäftsbereich in den neuen Räumen beginnt Montag, den 22. September d. J.

## Lebensmittellisten.

Lebensmittel in der Woche vom 21. bis 28. September.

Stammort der Brotkarte: „Wahlfeld“.

Berlin. Vom Montag ab auf die E- und C-1-Kinderkarten an Stelle von Vollmilch eine halbe Liter Kondensmilch auf die Dauer von vier Tagen. — Der geringen Vorräte wegen können nicht alle Bezugsberechtigten, sondern nur ein Teil von ihnen mit Vollmilch beliefert werden. Diejenigen Bezugsberechtigten, bei denen sehr Viehbesitz und Viehbesitzwaren von den bei ihnen eingetragenen Kunden entnommen werden können, werden vom Magistrat ebenfalls beliefert. — Auf Abschnitt 11 der Einfuhrzulasskarte 250 Gr. amerikanische Speckwaren zum Preise von 2,05 M. — Auf die Reichsweizen auswärts zum Preise von 1,75 M. für ein Pfund. Statt des Rindfleischs können auch Schweinefleisch, und zwar in doppelter Menge, also auf jeden Fleischartenschnitt 50 Gr., bezogen werden. Ein Umtausch der Fleischarten gegen andere Sorten ist hierzu nicht erforderlich. Die Käsemittel werden stielrecht direkt gegen Abgabe der Fleischmarken vertrieben.

Charlottenburg. Fleisch 100 Gr.; Kartoffeln 7 Pf.; Gruppen 200 Gr.; ausländ. Kartoffelkartoffeln 250 Gr.; Hahnenfleisch 150 Gr.; amerikan. Fleischwaren 250 Gr.; Einfuhrzulasskarte: Margarine auf die Abschnitt 11; amerik. Schweinefleischergüsse 250 Gr. auf die Abschnitt 11; ausländisches Weizenmehl 250 Gr. auf die Abschnitt 11; 1 Pfund Speisefett auf Abschnitt 4. 2 Päckchen Puddingpulver; Wohnkonsumen mit Speck werden stellend in Minderwertigkeiten zum Preise von 0,60 M. für 1 kg. Büchse abgegeben. Armeekonserven (Ersen und Bohnen in besser Form, Pappepackung) Neben in den Kolonialwarengeschäften zum selbständigen Verkauf; Preis pro Paket 80 Pf.

Wilmersdorf. 200 Gr. Fleisch auf 20. 7 Pf. Kartoffeln auf 20 bis 30. 275 Gr. Zucker auf 70 für die Zeit von 18. bis 10. September. Speisefett: Gemäß beständiger Bekannmachung. 300 Gr. Hahnenfleisch auf 21 (0,74 kg. 0,82 M. für 200 Gr.). 300 Gr. ausländisches Weizenmehl auf 20 (0,81 M. für 200 Gr.). 250 Gr. ausländische Süßwarenfrüchte auf 22 und 250 Gr. auf 23 (1,25 M. für 200 Gr.). 250 Gr. ausländische Weizenbrot auf 27 (0,50 M. für 200 Gr.). 70 Gr. Margarine auf 17. Ausländisches Weizenmehl: 20 Gr. ausländisches auf 200 Gr. inländisches Weizenmehl auf 3. 10. Rumän. Eipulver: 50 Gr. auf 8 (2,40 M.). Für wachsende Mütter: 1 Dose Weizenbrot (2,35 M.). 1 Dose Weizenbrot (0,50 M.). Eipulver: bis zu 1 Pf. (10,15 M. für 1 Pf.). Für wachsende Mütter im 4. bis einschließlich 6. Monat: 1 Dose kondensiertes Vollmilch (2,05 M.) in der Zeit von Montag, den 22. bis Donnerstag, den 25. d. M. für stehende Mütter: 1 Dose Weizenbrot (2,35 M.). 1 Dose Weizenbrot (0,50 M.). Eipulver: bis zu 1 Pf. (10,15 M. für 1 Pf.). Für Kranke: Eier, Ende der Woche auf 20.

Spandau. Auf die Speisefettkarte 50 Gr. Margarine und 50 Gr. Butter. Kartoffeln 7 Pf. Auf Feld 18 der Lebensmittelkarte 15 Pf. Gruppen. Auf die Einfuhrzulasskarte 15 Pf. amerikanisches Weizenmehl. Ob noch eine Verteilung von amerikanischen Schweineprodukten erfolgen kann, ist unbestimmt. Ausgabe von Zucker erfolgt künftig Reis für 11 Tage. Vom Montag ab können gegen Vortreibung der Abschnitt 1 und 2 der Zusatzkarte je 250 Gr. Zucker bezogen werden.

Kreuzberg. 300 Gr. Margarine; 250 Gr. Hahnenfleisch auf Abschnitt 10 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. In den städtischen Verkaufsstellen Neuverteilung von Hahnenfleisch für die Kinder: bis zu 3 Jahren auf 10 Hahnenfleisch je September (Kinder im 1. Lebensjahr 2 Pf., im 2. Lebensjahr 15 Pf. und im 3. Lebensjahr 1 Pf.). Dasselbe freihändlerischer Verkauf von Gemüsekonserven, Topfplausen, Pflaumen, Obst usw. Die Festsetzung ist auf 20 Gr. Futter und 70 Gr. Margarine festgesetzt. In Kreutzberg gelangen 7 Pf.; auf Abschnitt 20a — 2 der Zusatzkarte zur Ausgabe.

Trieb. Groß-Berliner Lebensmittelkarte: Abschnitt 88 und 89 je 150 Gr., zusammen 300 Gr. Rubeln; Abschnitt 90 250 Gr. Weizenmehl Karte für Rotogelbsteine: Abschnitt 11 1 Pf. Rubeln. Karte für wachsende Mütter: eine Rinde; Abschnitt 4 15 Pf. Rubeln. Amerikanisches Mehl III noch nicht eingegangen. Ausgabe erfolgt sobald noch Anlieferung. Der Verkauf beginnt mit den Schlussnummern am Montag, dann weiter die Nummern 2761—2766 am Dienstag, 2029—1806 am Mittwoch, 1780—200 am Donnerstag, 229—1 am Freitag.

Wilmersdorf. 300 Gr. Reis (Abschnitt 80 gemeinl. Lebensmittelkarte); 200 Gr. Teigwaren (Abschnitt 81); 250 Gr. Weizenbrot (Abschnitt 82); 250 Gr. Hahnenfleisch (Abschnitt 83); jeugendlich, ohne Veranlassung; 20 Gr. Butter (Abschnitt 84 Speisefettkarte); 70 Gr. Margarine (Abschnitt 17 Einfuhrzulasskarte); 7 Pf. Kartoffeln (Abschnitt 20a bis 2). Für heimische Kriegs- und Kriegselbstgaben: 250 Gr. ausländische Süßwarenfrüchte (Abschnitt 86). Auf Umlaufbezugskarten: 100 Gr. Weizenmehl und 250 Gr. Weizenbrot.

Trieb. Lebensmittelkarte. Dienstag: 250 Gr. Süßwaren auf Abschnitt 78 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Kraftfahrzeuge gegen Verlegung der Haushaltkarte. Donnerstag: Weizenbrot gegen Verlegung der Haushaltkarte. 300 Gr. Gruppen auf Abschnitt 81 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Mittagessen gegen Verlegung der Haushaltkarte.

Zeig. Auf Abschnitt 67 und 68 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte je 300 Gr., zusammen 600 Gr. Infantenmehl; auf Abschnitt 69 250 Gr. Weizenmehl; auf Abschnitt 81 250 Gr. Gruppen und 100 Gr. Weizenbrot; auf Abschnitt 82 2 Päckchen Weizenbrot.

Oranienburg. Es gelangen zur Ausgabe in allen Verkaufsstellen am Montag auf S. G. 103 Gr. Margarine, auf S. G. 2. 400 Gr. Hahnenfleisch; am Dienstag auf S. G. 7 (nur im Konsum) 500 Gr. Hahnenfleisch; auf Weizenmehlkarten für Kinder, die am Montag zur Ausgabe gelangen, 1989 Gr. Weizenbrot.

Rudow. 250 Gr. Margarine (Abschnitt 71 der Lebensmittelkarte); 250 Gr. Gruppen (Abschnitt 81); 250 Gr. Weizenbrot (Abschnitt 82); 250 Gr. Weizenmehl (Abschnitt 83) der kleinen Karte; 250 Gr. Hahnenfleisch (Abschnitt 84 der kleinen Karte). Die Kartenabschnitte sind am Montag und Dienstag bei den Kleinhandlern abzugeben. Die Ausgabe von Reis ist von Freitag bis Sonntag fest.









